



Datum: 13. August 2023

Joachim Stamp, Sonderbevollmächtigter der Bundesregierung für Migrationsabkommen

Geuther: Das Interview der Woche mit Gudula Geuther. Ich bin verbunden mit Joachim Stamp, dem Sonderbevollmächtigten der Bundesregierung für Migrationsabkommen im Studio in unserem Kölner Funkhaus. Herr Stamp, Sie sind der erste solche Sonderbeauftragte, seit einem halben Jahr im Amt. Politik und Öffentlichkeit warten auf Erfolge. Haben Sie welche vorzuweisen?

Stamp: Wir haben ganz dicke Bretter zu bohren und das habe ich von Anfang an gesagt. Wir haben jetzt zunächst damit begonnen, einerseits interministeriell uns so aufzustellen, dass wir gemeinsam an das Thema herangehen, wie wir Partnerschaften mit Herkunftsländern entwickeln. Und gleichzeitig haben wir mit Georgien und Moldau zwei Länder in den Blick genommen und intensiv bearbeitet, mit denen wir auch zügig zu Abkommen kommen können.

Geuther: Zu den beiden Ländern kommen wir sicherlich noch mal vertieft. Aber lassen Sie uns zuerst mal klären, was Sie bei Ihrer Aufgabe eigentlich als Erfolg ansehen würden. Sie sollen Migrationsabkommen schließen, in denen es ja ausdrücklich um die verschiedenen Seiten der Migration geht, um Fachkräfteanwerbung, darum, dass Länder ausreisepflichtige Staatsbürger zurücknehmen und vieles mehr. Was ist Ihnen am wichtigsten? Wann ist ein Abkommen, das Sie vorbereiten, ein Erfolg?

Stamp: Die Vereinbarungen werden ganz unterschiedlich sein. Und ich spreche eigentlich auch lieber von Migrationspartnerschaften, weil die eigentliche Migrationsvereinbarung, das, was wir möglicherweise mit den verschiedenen Ländern auch zu Papier bringen, nicht das einzig Entscheidende ist. Sondern das Entscheidende ist, dass es in der Praxis dann auch funktioniert. Wir haben beispielsweise mit Ghana eine sehr gute Kooperation, gerade auch, was den Rückkehrbereich angeht, vergleichsweise gut, mit anderen westafrikanischen Ländern verglichen. Gleichzeitig haben wir mit denen keine schriftliche Vereinbarung. Es gibt andere Länder, wo es schriftliche Vereinbarungen gibt, es dann aber in der Praxis nicht funktioniert. Und wir waren in der Vergangenheit zu stark allein auf Rückkehr orientiert. Und jetzt wollen wir den Ansatz der Bundesregierung, zu sagen, wir wollen reguläre Migration stärken, aber irreguläre reduzieren, umsetzen, indem wir mit den Herkunftsländern partnerschaftlich überlegen, was ist ihr Interesse im Bereich Migration, was ist unser Interesse. Und dann versuchen zu überlegen, wie wir hier zu gemeinsamen Vereinbarungen kommen, die dann auch langfristig tragen.

Deutschlandfunk

Ein Programm von Deutschlandradio

Raderberggürtel 40

50968 Köln

Fragen und Anmerkungen an: hoererservice@deutschlandradio.de 1

Geuther: In der öffentlichen Wahrnehmung ist dabei, Sie haben eben die Rückkehr angesprochen, noch enger der Bereich der Abschiebung im Vordergrund, auch, wenn man der Ampelkoalition aus SPD, FDP und Grünen zuhört, die Ihren Job ja geschaffen haben, die Sie eingesetzt haben. Die Erwartungen sind immens, und zwar besonders, wenn es um die Anzahl von Flüchtlingen in Deutschland geht. Sind solche Erwartungen eigentlich berechtigt?

Stamp: Ich habe bei den Erwartungen von Anfang an gesagt, dass man da sehr vorsichtig und zurückhaltend sein muss, weil das, was wir erarbeiten, mittel- und langfristig wirken wird. Das ist völlig klar. Denn wir können nicht Dinge, die über viele Jahre vernachlässigt worden sind, innerhalb von kürzester Zeit mit den Herkunftsländern quasi herbeizaubern. Das ist so, dass es auch in den Ländern – das haben mir auch einige Kolleginnen und Kollegen intern geschildert – oftmals so den Eindruck gibt, die Deutschen melden sich immer dann, wenn es brennt. Und ich glaube, es ist eben wichtig, dass wir jetzt den Herkunftsländern auch das Signal geben, dass wir wirklich an langfristigen und dauerhaften Partnerschaften interessiert sind, dass wir das auf Augenhöhe machen wollen, dass wir ihre Interessen auch in den Blick nehmen. Und wir haben da unterschiedliche Perspektiven in den Ländern. Wir haben Länder, die ein großes Interesse haben, dass ein Teil auch ihrer zum Teil sehr jungen Bevölkerung zu uns in den Arbeitsmarkt kommt. Und es gibt andere Länder, die wollen auch gar nicht oder kaum Arbeitskräfte exportieren. Denen geht es vor allem darum, dass sie eine bestimmte Visa-Freiheit erhalten können, wie das bei Georgien und Moldau beispielsweise der Fall ist, und die vermeiden wollen, dass es zu einem Brain Drain kommt, dass sie wichtige Arbeitskräfte abgeben.

Geuther: Lassen Sie uns einen Moment trotzdem noch mal bei der deutschen Perspektive bleiben und bei dieser Frage der Rückkehr. Wenn wir uns die nackten Zahlen anschauen, dann sind 300.000 Menschen ausreisepflichtig, nur etwa 56.000 haben keine Duldung, könnten also tatsächlich, wenn wir wieder enger nicht bei der freiwilligen Rückkehr, sondern bei der Abschiebung bleiben, abgeschoben werden. Im Vergleich dazu: Allein in den vergangenen Jahren hat Deutschland mehrere Millionen Menschen aufgenommen, die Mehrzahl mit Schutzberechtigung und zuletzt kamen ohnehin neun von zehn Flüchtlingen aus der Ukraine. Jetzt mal unabhängig von den Abkommen, die Sie verhandeln, spielt die Abschiebung, was ja das ist, wo eben die Erwartungen so groß sind, wirklich so eine große Rolle für die Flüchtlingspolitik, auch zum Beispiel für die Entlastung der Kommunen?

Stamp: Es ist einfach ein wichtiges Signal für die Herkunftsländer, dass nicht jeder einfach nach Europa kommen kann. Und dafür sind die Rückführungen dann eben auch notwendig. Wir wollen ja sehen, dass wir ein Zeichen setzen, dass es sich lohnt, den regulären Weg zu gehen. Und wir haben jetzt mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz neue Möglichkeiten, auch in den deutschen Arbeitsmarkt zu kommen. Und wir wollen auch ermöglichen, dass in verschiedenen Ländern es entsprechend Möglichkeiten gibt, also, dass die Möglichkeiten

dann auch in den vielen Ländern genutzt werden. Gleichzeitig ist dabei eben aber auch wichtig, dass wir Menschen demotivieren, den irrsinnigen Weg zum Teil durch Wüste oder übers Mittelmeer zu gehen, das Leben zu riskieren, teilweise auch das Leben zu verlieren, um dann in Europa bei uns in zentralen Unterkünften aufzuschlagen und dann hier möglicherweise auch gar nicht das Leben in Europa zu haben, was sie sich ursprünglich vorgestellt haben.

Geuther: In dem Zusammenhang hat Bundesinnenministerin Nancy Faeser einen Diskussionsentwurf vorgelegt, wonach die Abschieberegeln teils deutlich verschärft werden sollen mit längerer Abschiebehaft, neuen Haftgründen oder schärferen Regeln schon für mutmaßliche Angehörige der organisierten Kriminalität, also mit erheblichen Grundrechtseingriffen. Wie weit darf, wie weit sollte der Staat gehen, um Abschiebungen durchsetzen zu können?

Stamp: Was rechtsstaatlich möglich ist, muss der Staat an dieser Stelle auch machen. Wir haben – das gehört dann eben zur Wahrheit auch dazu – ein Problem, dass wir nicht in der Lage sind, die derzeitigen Zahlen jedes Jahr wirklich auch – also, es geht ja nicht nur um Zahlen, sondern es geht um Menschen, deswegen muss ich sagen Menschen, nicht Zahlen – tatsächlich zu integrieren. Sie müssen ja auch sehen, es kommen viele aus anderen Kulturen, auch aus patriarchal geprägten Ländern, die zum Teil in der Erziehung harten Antisemitismus erfahren, die ein sehr schwieriges Männer-Frauen-Bild vermittelt bekommen in ihrer Kindheit, die eben sehr patriarchal aufwachsen, auch zum Teil mit einem ablehnenden Verhältnis gegenüber staatlichen Institutionen, weil sie das in der eigenen Gesellschaft nur als korrupt erlebt haben und gewalttätig. Das heißt, wir haben eine ganz große Integrationsnotwendigkeit dann auch. Und der müssen wir auch gerecht werden. Der müssen wir gerecht werden, einmal für die Menschen, die zu uns kommen selbst, aber auch für unsere Gesellschaft, wenn sich unsere Gesellschaft nicht verändern soll, und wenn wir nicht Kriminalität und auch Parallelstrukturen Vorschub leisten wollen.

Geuther: Das wird sicherlich, was Sie jetzt beschrieben haben, je nach Herkunftsland unterschiedlich sein. Aber mal ganz allgemein, worum geht es in einem solchen Abkommen? Kann man das so zusammenfassen? Ihr nehmt zum Beispiel die Straftäter, die wir loswerden wollen, wir holen dafür eure Fachkräfte nach Deutschland.

Stamp: Ja, aber es geht nicht darum, den Ländern Menschen wegzunehmen. Sondern das ist etwas, worauf ich in allen Gesprächen sehr genau achte, dass wir nicht die Herkunftsländer schwächen. Denn im Allgemeinen haben wir ja ein großes Interesse daran, dass wir Länder auch stabilisieren, gerade, wenn wir mit ihnen eine faire Partnerschaft entwickeln wollen. Und deswegen geht es nicht darum, einfach Menschen wegzunehmen. Aber es gibt eben eine ganze Reihe Länder, die wirklich auch ein Interesse daran haben, dass ein Teil ihrer

Bürgerinnen und Bürger im Ausland und dann auch noch in vernünftigen Arbeitsmärkten arbeitet. Und wir haben sehr viele Bereiche, sei es das Handwerk, sei es in medizinischen Berufen, im Pflegebereich, bei den Berufskraftfahrern, bis hin zu Bau, dass wir ganz viele Fachkräfte brauchen. Und da gucken wir dann eben: Wo nehmen wir jetzt den Ländern nicht Leute gezielt weg, sondern wo ist es auch in deren Interesse? Deswegen ist es immer wichtig, sich über die gemeinsamen Interessen erst mal auszutauschen.

Geuther: Und da waren Sie gerade in Usbekistan und Kirgisistan. Was können Sie da anbieten?

Stamp: Beide Länder haben uns zunächst einmal gesagt, dass sie ein großes Interesse haben, dass ein Teil ihrer sehr, sehr jungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auch nach Deutschland kommt. Sie haben Abkommen beispielsweise mit Korea, mit Japan, auch mit Russland, wo jetzt einige wieder zurückgekommen sind und teilweise dort eben auch ausgebeutet worden sind. Und da gibt es ein großes Interesse, dass man eben einen guten Arbeitsmarkt antrifft, wie das in Deutschland der Fall ist. Und ich bin mir ziemlich sicher, dass wir mit Usbekistan, aber auch mit Kirgisistan da zu guten Lösungen kommen können. Das werden wir jetzt im Detail besprechen müssen. Und im Gegenzug haben uns auch beide Länder zugesagt, dass diejenigen, die sich dann vielleicht nicht an die Spielregeln halten oder die kein Aufenthaltsrecht dann mehr haben, dann auch tatsächlich von ihnen zurückgenommen werden.

Geuther: Und am weitesten sind Sie ja offenbar in den Vorbereitungen für mögliche Partnerschaften mit Georgien und Moldau. Wie ist da der Stand?

Stamp: Ja, Georgien und Moldau ist genau die andere Situation. Da geht es nicht darum, dass Georgien und Moldau Arbeitskräfte exportieren wollen. Das hatten wir ursprünglich angenommen, sage ich ganz ehrlich. Ich bin dort hingefahren, weil ich gedacht habe, dass wir möglicherweise die Regelungen des vereinfachten Arbeitsmarktzugangs, wie wir sie mit den Westbalkanländern haben, dass wir das ausweiten auf Georgien und Moldau. Das haben beide Länder dezidiert abgelehnt. Und Moldau hat uns sogar gesagt: Seid da bitte vorsichtig, das kann uns das Genick brechen, wenn ihr uns noch Arbeitskräfte zusätzlich abwerbt, weil wir schon so viele in den europäischen Raum abgegeben haben. Aber beide Länder haben eine Visa-Freiheit mit dem Schengenraum in Europa und den wollen sie unbedingt behalten. Und deswegen ist ihnen das unangenehm, dass eine ganze Reihe von Bürgerinnen und Bürgern aus ihren Ländern Asylanträge hier bei uns stellen. Und deswegen kooperieren sie auch bei den Rückführungen.

Geuther: Was heißt, es ist ihnen unangenehm? Heißt das, da gibt es die unausgesprochene Drohung im Hintergrund, dass diese Visa-Freiheit fallen könnte?

Stamp: Das ist das, was die beiden Regierungen befürchten und was natürlich für die Menschen in Georgien und in Moldau auch ein großer Nachteil wäre. Sie können also nach derzeitigem Stand 90 Tage nach Deutschland kommen. Und jetzt ist es so, dass wenn sie dann hier einen Asylantrag stellen, dann wird der in der Regel von weit über 99 Prozent abgelehnt. Und das Verfahren selbst dauert auch nicht besonders lang. Aber sie haben ja dann die Möglichkeit, dagegen zu klagen. Und aufgrund der schwierigen Situation, der Überlastung unserer Gerichte, dauern dann diese Verfahren sehr, sehr lange. Und in der Zeit dürfen sie in Deutschland bleiben. Und das ist für manche attraktiv. Und das wollen wir eben unterbinden. Wenn wir sie als sichere Herkunftsländer einstufen, können wir das reduzieren.

Geuther: Und da hoffen Sie jetzt darauf, dass das in der Koalition schon im September möglicherweise eine Entscheidung des Kabinetts geben könnte. Aber sichere Herkunftsstaaten bedeutet ja, es wird angenommen, dass da in der Regel keine Verfolgung herrscht. Deshalb haben zum Beispiel Klagen gegen die Abschiebung eben keine aufschiebende Wirkung. Das ist ja der Effekt, den Sie eben beschrieben haben.

Stamp: Genau.

Geuther: Und das war ja bisher in der Ampelkoalition umstritten, vor allem bei den Grünen. Und es gibt ja auch Verfolgung. Zum Beispiel von Homosexuellen in Georgien, auch nach Ansicht der Menschenrechtskommissarin des Europarats. Warum sagen Sie trotzdem, dass Flüchtlingen aus diesen beiden Ländern hier keine Chancen genommen werden?

Stamp: Weil sie die Möglichkeit haben, frei in den Schengenraum auszureisen und jede und jeder, der kommt, hätte, wenn er denn tatsächlich individuell verfolgt wäre, hier 90 Tage lang die Zeit, das Asylverfahren entsprechend vorzubereiten, auch mit jedem Anwalt oder jeder Anwältin in Deutschland und auch die Hilfe von NGOs usw. auch zu nutzen. Und dementsprechend sehe ich hier keine Verschlechterung von Bürgerrechten. Es würde ja immer noch ein individuelles Asylverfahren weiterhin als Möglichkeit offenstehen und, wie gesagt, im Zusammenhang mit der Visa-Freiheit auch die notwendige sorgfältige Vorbereitung. Es ist anders beispielsweise als bei den Maghreb-Staaten, wo diese Idee ja auch diskutiert worden ist. Die haben keine Visa-Freiheit mit Deutschland. Deswegen ist es eine andere Situation und eine andere Debatte.

Geuther: Und diese Staaten, die Maghreb-Staaten, genauso wie Staaten in Westafrika, da haben wir eine ganz andere Ausgangslage als in Georgien und Moldau oder auch als zum Beispiel in Usbekistan, wo eben das, was die Menschen aus Deutschland an ihre Familien überweisen, nicht nur für diese Familien wichtig ist, sondern auch für die ganze Volkswirtschaft. Was können Sie solchen Staaten bieten?

Deutschlandfunk

Ein Programm von Deutschlandradio

Raderberggürtel 40

50968 Köln

Fragen und Anmerkungen an: hoererservice@deutschlandradio.de 5

Stamp: Mit diesen Ländern unterhalten wir uns darüber, was es an legaler Migration geben kann. Und natürlich ist eine Community hier bei uns, die regulär hierhergekommen ist, auch finanziell stärker. Denn, wenn sie ... ich sage das mal flapsig, wenn sie hier in der regulären Arbeit sind, dann ist das natürlich auch finanziell stärker, als wenn sie der zweite Mann am Kiosk sind, oder wenn sie nur irgendwelche Sozialleistungen tatsächlich bekommen. Und dementsprechend ist es auch im Interesse der Länder, hier eine reguläre, stabile, wie wir das nennen, Diaspora zu haben. Und darüber wollen wir eben mit den Ländern auch sprechen. Wir haben ja, wie gesagt, auch ein Interesse an Arbeitskräften und das wollen wir eben verabreden, wie wir da die Interessen der jeweiligen Länder miteinander übereinander bekommen.

Geuther: Und dann gibt es auch Staaten wie den Irak. Können Sie da Verhandlungen bestätigen?

Stamp: Frau Geuther, es gehört auch dazu, dass wir eine ganze Reihe Länder haben. Und deswegen sage ich zu einzelnen Ländern ungern etwas, außer zu denjenigen, die da sogar Wert drauf legen, dass wir das öffentlich diskutieren. Es gibt eine ganze Reihe Länder, die ein Interesse daran haben, dass wir sehr vertraulich sprechen. Und deswegen bin ich sehr zurückhaltend zu der Kommentierung von einzelnen Ländern.

Geuther: Aber dann sprechen wir hypothetisch weiter. Könnte man denn mit einem solchen Land wie dem Irak überhaupt über Abkommen verhandeln? Auch das Auswärtige Amt geht davon aus, dass dort zur Erzwungung von Geständnissen gefoltert wird, dass es willkürliche Festnahmen gibt zum Beispiel.

Stamp: Wir haben in der Vergangenheit ja auch immer sehr genau darauf geachtet, mit welchen Ländern wir wie zusammenarbeiten. Und für uns ist völlig klar, dass für uns die Achtung der Menschenrechte eine Selbstverständlichkeit ist, bei all dem, was wir tun. Und, wenn ich auch von Vertraulichkeit spreche, dann ist das natürlich auch immer schwierig, weil auch aus dem parlamentarischen Raum natürlich von Abgeordneten dann auch nachgefragt wird, wie ist das denn mit eurer Transparenz usw. Und von daher sind wir da sehr zurückhaltend.

Geuther: Das ist die Frage, ob Sie darüber sprechen. Aber wir haben ja jetzt schon mal gesagt, wir sprechen hypothetisch über den Fall. Mir ging es um die Menschenrechtslage. Wie kann man verhandeln mit einem solchen Land? Wir können ja ein anderes Beispiel nehmen. Drastisch zeigt sich die Problematik ja im Fall von Tunesien. Das Land wird immer autokratischer. Flüchtlinge wurden in die Wüste ausgesetzt. Menschen sind verdurstet. Und während das passierte, stellte die EU dem Land bis zu 900 Millionen Euro in Aussicht.

Deutschlandfunk

Ein Programm von Deutschlandradio

Raderberggürtel 40

50968 Köln

Fragen und Anmerkungen an: hoererservice@deutschlandradio.de 6

Mindestens auch dafür, dass der autokratische Machthaber Europa die Flüchtlinge vom Leib hält.

Stamp: Ja, da bin ich sehr, sehr vorsichtig. Also, ich bin grundsätzlich erst mal der Meinung, dass es richtig ist, dass wir mit Tunesien kooperieren. Denn wir sind in der Situation, dass die derzeitige Situation ... das ist ja nicht das erste Mal, dass Menschen aus Subsahara-Afrika, Pushbacks in die Wüste erleben. Das erleben wir im Übrigen auch in anderen Regionen der Welt. Und das ist etwas ganz, ganz Furchtbares. Und das ist ja etwas, was wir überwinden müssen. Genauso wie das Sterben auf dem Mittelmeer. Ich bin nur der festen Überzeugung, dass das nur gelingt, wenn wir im Dialog mit den Transitländern hier etwas hinbekommen. Und deswegen habe ich auch in meiner ersten Reaktion zu der Verabredung der EU mit Tunesien gesagt, das ist ein erster Schritt, dass man auf eine Verständigung hinarbeitet. Es müssten aber weitere kommen. Und ich habe ganz bewusst dazugeschrieben: damit das Sterben in der Wüste und auch das Sterben auf dem Mittelmeer endet. Da sind ganz viele unterschiedliche Maßnahmen notwendig. Aber wir werden nicht, wenn wir hingehen und sagen, wir diskutieren nur mit Ländern, die die parlamentarische Demokratie und das gleiche Rechtsstaatsverständnis 1:1 wie wir haben, nur mit solchen Ländern kooperieren wir, dann werden wir mit fast keinem Land kooperieren können. Und wir müssen sehen: Was kommt am Ende für die Menschen, was kommt für die Betroffenen dabei raus? Und deswegen ist für mich völlig klar, ich mache keine oder ich unterstütze keine Politik, die dazu führt, dass Pushbacks verstärkt werden. Sondern es geht darum, nach Lösungen zu suchen, wie wir über die Möglichkeit von legalen Wegen die Attraktivität für irreguläre Migration reduzieren.

Geuther: Wie weit da Pushbacks möglicherweise verstärkt werden, das haben Sie ja gar nicht genau in der Hand. Das hat ja Rückwirkungen auch auf die jeweiligen Länder. Man stützt Systeme, die dann möglicherweise selbst Fluchtgründe schaffen, die damit außerdem noch mehr Anreiz haben könnten, brutalst gegen Flüchtlinge in ihrem Land vorzugehen. Aber eben auch ganz allgemein, man stützt autokratische Systeme. Ist es das wert?

Stamp: Nein, im Gegenteil. Wir müssen ja darauf hinarbeiten, dass wir gerade dazu beitragen, dass das nicht passiert. Wenn jetzt beispielsweise ein Land XY – bleiben wir abstrakt – dafür bekannt ist, dass es zum Teil auch Pushbacks macht, wo Menschen zu Schaden kommen, gleichzeitig aber ein Interesse hat an Arbeitsmigration nach Deutschland, dann haben wir die Möglichkeit, auch mit dem Land XY zu verabreden, dass wir uns vorstellen können, Arbeitsmigration zu organisieren, aber gleichzeitig die entsprechende Erwartung haben und auch eine überprüfbare Erwartung formulieren, dass solche Menschenrechtsverletzungen nicht mehr stattfinden. Also, das heißt, wir haben ja dann auch durch die Kooperation, auch durch die Auswahl unserer Partner haben wir ja sogar einen Hebel, tatsächlich etwas zu verbessern.

Geuther: Jetzt hatten wir über Tunesien die EU schon angesprochen. Die EU-Institutionen verhandeln gerade untereinander über ein neues Asylsystem. Da sollen unter anderem Ankommende zum Teil an den Außengrenzen festgehalten werden. Ein Teil soll in Europa verteilt werden. Aber das System ist so ausgelegt, dass es eben nur funktioniert, wenn Herkunftsstaaten ihre Staatsangehörigen zurücknehmen, also mit Migrationsabkommen. Angesichts der Hürden, die Sie jetzt schon geschildert haben, wie realistisch ist es, dass das in einem Maß gelingt, dass das ein ganzes europäisches System stützt?

Stamp: Ich denke, wir müssen hier sehr realistisch sehen, dass auch eine GEAS-Reform nicht die ganzen Probleme, die ganzen Herausforderungen mit einem Schlag auflöst.

Geuther: GEAS ist das Gemeinsame Europäische Asylsystem.

Stamp: Genau. Sondern was ich jetzt positiv an der Verständigung finde, ist, dass es ein Einstieg ist in eine Zusammenarbeit, die auch eine stärkere Verteilung in Europa vorsieht, wenn auch zunächst auf freiwilliger Basis bzw. nur, aus der man sich dann eben nur herauskaufen kann. Aber es wird eine stärkere Verteilung geben. Und alleine, dass es gelungen ist, jetzt diesen Mechanismus zu stärken, das ist aus meiner Sicht ein Fortschritt. Es ist im Übrigen nicht mein Kerngebiet. Das muss ich auch dazusagen, weil ich auch ein bisschen Erwartungsmanagement betreiben will. Es wird mit meiner Position zum Teil medial zu viel verbunden, was ich gar nicht leiste. Bei mir geht es um Migrationspartnerschaften und in erster Linie auch um bilaterale Migrationspartnerschaften. Aber dennoch, weil Sie das Thema eben angesprochen haben, will ich das sagen, dass ich glaube, dass das zunächst mal ein Schritt in die richtige Richtung ist.

Geuther: Eines sehen diese EU-Pläne anders, als es vorher angedacht war, jetzt nicht vor. Sie haben sich dafür ausgesprochen, Asylverfahren auch außerhalb Europas durchzuführen. So, wie Großbritannien das gerne mit Ruanda täte, was der Oberste Gerichtshof noch entscheiden muss. Wie gesagt, die EU sieht das jetzt nicht vor. Bleiben Sie dabei?

Stamp: Ja, Frau Geuther, ich habe allerdings auch dazu gesagt, dass wir ein solches Partnerland bisher noch nicht haben. Und ich glaube tatsächlich, dass es die einzige Chance im Moment ist, von der Motivation, die Menschen ein Stück weit aus der Wüste und von den Booten auf dem Mittelmeer runterzubekommen bzw. sie zu demotivieren, sich in dieses tödliche Roulette zu begeben. Und deswegen ist die Vorstellung oder wäre meine Vorstellung, dass wir weiter sehen müssen, ob es sich in Ländern wie beispielsweise Ruanda in die entsprechende Richtung entwickelt, dass man das machen kann. Das setzt aber voraus – und das hat ja das englische Gericht auch gesagt –, dass ein solches Land auch in der Lage sein muss, nach internationalem und europäischem Recht, dort auch tatsächlich Asylverfahren durchzuführen. Und dazu ist nach Auffassung des englischen Gerichts Ruanda

nicht in der Lage. Was aber eine Chance wäre aus meiner Sicht, wäre, wenn man in einen solchen Prozess den UNHCR stärker integrieren würde, und wenn UNHCR möglicherweise auch Verfahren durchführen würde. In welchem Land das gehen kann, ist noch offen. Und das sage ich ganz ehrlich. Ich möchte auch den Zuhörerinnen und Zuhörern da ja auch nichts erzählen, was gar nicht geht. Ich bin der Meinung, dass man in der Migrationspolitik nicht irgendwelche populistischen Dinge in den Raum stellen soll, aber ich glaube, dass wir nach einem solchen Land weiter Ausschau halten müssen und gucken müssen, wo geht so was rechtsstaatlich. Und dann wäre das, glaube ich, eine gute Regelung.

Geuther: Und wie hoch die Hürden liegen, sieht man in Europa. Die EU schafft es schon bisher nicht, auf den griechischen Inseln menschenwürdige Zustände herzustellen. Auch da sind viele internationale Organisationen beteiligt. Sie glauben, in einem Staat wie Ruanda oder in einem anderen Staat, der weit entfernt ist von einer Kontrollmöglichkeit durch die europäischen Staaten, die es letztlich betrifft, würde das besser funktionieren?

Stamp: Wie gesagt, es geht darum, dass es kontrollierbar ist. Das ist für mich die Voraussetzung. Und ich mache die Flüchtlingspolitik schon auch aus einer humanitären Verantwortung heraus. Und deswegen geht es nicht darum, dass man hier leichtfertig irgendetwas weggibt. Aber wir müssen auch sehen, dass es einfach eine ganz, ganz schwierige Situation ist. Für mich war ein Schlüsselerlebnis: Ich bin 2016 mal undercover damals noch als einfacher Landtagsabgeordneter in Marokko unterwegs gewesen und habe mit Subsahara-Flüchtlingsen gesprochen, wo mir einer dann sagte, er bettele jetzt auf ein Schlauchboot, weil er damit dann ins Mittelmeer wolle. Und für ihn sei die derzeitige Situation so wie jeden Tag ein bisschen sterben. Und wenn er mit dem Boot aufs Meer käme, dann würde er entweder gerettet und dann sei er sicher in Europa oder er wäre tot, aber beides wäre besser als der derzeitige Zustand. Und da muss ich ganz ehrlich sagen, das ist so eine Begegnung gewesen, die mich immer wieder antreibt zu sagen, einerseits müssen wir für solche Jungs legale Möglichkeiten schaffen. Und andererseits müssen wir ihnen eben auf der anderen Seite auch die Motivation nehmen, tatsächlich in ein solches Schlauchboot zu gehen.

Geuther: Es gäbe noch viel zu besprechen. Die Sendezeit ist vorbei. Herr Stamp, vielen Dank für das Gespräch.

Stamp: Ich danke Ihnen, Frau Geuther.